

26.2.1968.
000015
53141

(5 Exemplare)

(unkorrigiert)

Stenografische Niederschrift
der Beratung der Stellvertretenden Außenminister
der Staaten des Warschauer Vertrages in Berlin

Erster Beratungstag: Montag, den 26. Februar 1968

(Beginn: 15.45 Uhr)

Günter K o h r t :

Verehrte Genossen! Gestatten Sie mir, die Beratung der Stellvertretenden Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages zu eröffnen. Ich begrüße aufs herzlichste die Leiter und Mitglieder der Delegationen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

Wenn ich Sie, verehrte Genossen, herzlich begrüße, so geschieht das zugleich im Namen des Ministers Genossen Otto Winzer, der sich zur Zeit auf einer Reise durch einige Länder Südostasiens befindet und gegenwärtig in Burma weilt.

Ich wünsche Ihnen allen, verehrte Genossen, einen angenehmen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik und natürlich besonders in ihrer Hauptstadt Berlin, die sich bemüht, in zunehmendem Tempo ihr Gesicht zu verändern und zu verschönern, wovon nicht

kr/ht

2

zuletzt das Gebäude zeugt, in dem wir unsere Beratung durchführen. Wenn Sie, verehrte Genossen, für die Gestaltung Ihres Aufenthalts hier irgendwelche Wünsche haben, so bitte ich Sie, diese zu äußern. Wir werden dann unsererseits alles tun, um diese Wünsche zu erfüllen. Es wird uns eine Freude sein, Ihren Wünschen nachzukommen.

Was den Verlauf unserer Beratung betrifft, verehrte Genossen, so besteht wohl Einverständnis darüber, daß die Arbeitssprache nach den Gepflogenheiten Russisch sein wird, so wie bisher, und daß für die Übersetzung jede Delegation selbst sorgt.

Es besteht auch Einverständnis darüber - in den Vorbesprechungen wurde über die Frage Klarheit geschaffen - , daß kein gemeinsames Protokoll ausgefertigt wird, sondern jede Delegation über die Frage des Protokolls selbst entscheidet.

Erläutern Sie mir nun, verehrte Genossen, unserer Beratung einen positiven Verlauf und konstruktive Ergebnisse im Interesse unseres gemeinsamen Kampfes gegen die gesteigerte Aggressivität des Imperialismus und für die Sicherung des Friedens zu wünschen.

Die Aufgabe unserer Beratung besteht entsprechend den vorangegangenen Abprachen zwischen unseren Parteien darin, die bevorstehende Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages in Sofia vorzubereiten. Ich darf davon ausgehen, daß über diesen Gegenstand unserer Beratung Einverständnis besteht.

kr/ht

Ich darf ferner davon ausgehen, daß bei den vorangegangenen Kontakten zwischen unseren Parteien Übereinstimmung erzielt wurde, auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses folgende Fragen zu behandeln:

1. Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen,
2. Stellungnahme zur Lage in Vietnam und
3. militärische Fragen, die auf einer Beratung der stellvertretenden Verteidigungsminister am 29. Februar in Prag vorbereitet werden.

Somit verbleiben für unsere vorbereitende Beratung die beiden erstgenannten Punkte.

Bevor wir mit der eigentlichen Beratung beginnen, erlauben Sie mir, Ihnen den Vorschlag zu unterbreiten, bei der Behandlung des Punktes 1 eine Information über den gegenwärtigen Stand der Beratungen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf entgegenzunehmen. Wir sind in der glücklichen Lage, daß unter ^{den Vätern der Projektanten} ~~unseren sowjetischen Genossen~~ ~~der Genesse Kusnezow~~ ⁱⁿ ~~der~~ ^{die} in Genf die Funktion des Vorsitzenden des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses ausgeübt ~~hat~~.

In Übereinstimmung mit der bei den Zusammenkünften der Organe des Warschauer Vertrages geübten Praxis gestatten Sie mir, den Vorschlag zu machen, daß in jeder Sitzung ein anderer Delegationsleiter den Vorsitz übernimmt. Ich schlage vor, entsprechend der Praxis nach dem russischen Alphabet zu verfahren und dem Leiter der Delegation der Volksrepublik Bulgarien, Genossen Popow, den Vorsitz der heutigen Sitzung zu übertragen. Besteht Einverständnis mit diesem Vorschlag? - Da alle Delegationen damit einverstanden sind, bitte ich Genossen Popow, den Vorsitz unserer ersten Sitzung zu übernehmen.

kr/ht.

4

Vors. Genosse P o p o w :

Ich danke für die Ehre. Es ist für unser Land eine Ehre, die heutige Sitzung zu leiten, um so mehr, wie schon gesagt wurde, da die nächste Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses in Sofia stattfinden wird. Wir wünschen, mit der Durchführung dieser Tagung die Einheit unseres sozialistischen Lagers zu demonstrieren und diese Einheit zu festigen. Es ist für uns sehr angenehm, als Gastgeber eine solche Beratung in Sofia durchzuführen.

Wie der Leiter der Delegation der DDR gesagt hat, wird vorgeschlagen, eine Information über den Gang der Verhandlungen über den Atomwaffensperrvertrag im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß zu geben. Da darüber Einigkeit besteht, möchte ich dem Genossen Kusnezow das Wort geben.

kr/nt

5

Genosse K u s n e z o w :

Ich möchte vor allem den Genossen Kohrt unsere Anerkennung aussprechen für seine guten Worte der Begrüßung, die er an die Adresse der hier anwesenden Delegationen gerichtet hat. Wir sind Anhänger solcher regulären periodischen Kontakte, die uns die Möglichkeit geben, einen Meinungsaustausch über die Fragen, die uns interessieren, zu führen und mit den Standpunkten bekannt zu werden. Wir unternehmen alle Anstrengungen, um eine gemeinsame Verständigung zu erreichen.

Ich bin bereit, da die Genossen hier diesen Wunsch geäußert haben, eine kurze Information über den Gang der Verhandlungen über den Atomwaffensperrvertrag in Genf zu machen, da sich unsere Beratung auch mit dieser Frage befassen wird.

Wir alle beschäftigen uns schon lange mit diesem Problem und beobachten aufmerksam, was in Genf und um Genf vor sich geht. Auf der Grundlage dessen ziehen wir unsere Schlußfolgerungen für die Schritte, die im gemeinsamen Interesse der sozialistischen Länder unternommen werden sollten.

Durch den Gang der internationalen Ereignisse ist die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen gegenwärtig zu einer der wichtigsten Fragen geworden. Diese Frage hat Lebensbedeutung für alle sozialistischen Länder und ist ein wichtiger Faktor für die Sicherheit und die Festigung des Friedens. Die Weiterverbreitung von Kernwaffen würde eine Vergrößerung der Zahl der Kernmächte bedeuten.

kr/ht

6

Solche Länder wie Westdeutschland, Japan und Italien würden als erste das Fehlen eines solchen Vertrages ausnützen. Von besonderer Gefahr wäre der Zugang von Kernwaffen für Westdeutschland. Das würde zu einer ernsthaften Verschärfung der Lage in Europa führen und eine unmittelbare Bedrohung der sozialistischen Länder Europas darstellen. Die westdeutschen Revanchisten gieren nach der Atomwaffe und sind dabei, alle Mittel auszunutzen, um die Hindernisse zu beseitigen und den Weg zu Kernwaffen zu ebnen. Die westdeutsche Regierung ist aktiv für die Schaffung der ~~NLF~~ MLF aufgetreten. Sie ist sehr unzufrieden damit, daß es den sozialistischen Ländern gelungen ist, die MLF zum Scheitern zu bringen und auf diesem Wege die Verbreitung von Kernwaffen nicht zuzulassen.

~~Aber so wie~~ In der westdeutschen Bundesrepublik ~~gibt es~~ auch in ~~einigen anderen imperialistischen Ländern~~ Kräfte, die aktiv danach streben, Kernwaffen unter ihre Verfügungsgewalt zu bekommen. Sie unternehmen alle möglichen Schritte, um die Frage der Nichtzulassung von Kernwaffen zu komplizieren. Sie stellen sich das Ziel, Schlupflöcher zu finden, um das Problem der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu umgehen.

Unter diesen Bedingungen müssen die sozialistischen Länder besondere Wachsamkeit üben, um ihnen den Zugang zu Kernwaffen zu versperren. Eine solche Möglichkeit ist jetzt zur Realität geworden. Diesen Moment darf man nicht vorübergehen lassen. Sie wissen, daß es im Ergebnis komplizierter, schwieriger und langandauernder Gespräche gelungen ist, den Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen am 16. Januar im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß einzubringen. Nach der Meinung der Sowjetunion ist das in

kr/ht

7

erster Linie ein Verdienst der sozialistischen Länder, ein Ergebnis ihrer gewaltigen Anstrengungen. Ich möchte daran erinnern, daß schon auf der Warschauer Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages sowie in Karlovy Vary eine gemeinsame Linie gegen die Zulassung von Kernwaffen ausgearbeitet worden ist, die ~~nur~~ ihre Widerspiegelung ^{im Vertrag} gefunden hat.

Die sozialistischen Länder haben in den letzten Jahren einen aktiven Kampf in der Generalversammlung der UNO geführt. Sie haben sich im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß systematisch über alle Fragen des Vertrages konsultiert und eine große Erläuterungsarbeit unter den anderen Staaten geleistet. Aufgrund dieser Bemühungen der sozialistischen Länder ist es jetzt gelungen, einen gemeinsamen Entwurf abzustimmen, der den Interessen der sozialistischen Staaten und aller friedliebenden Staaten entspricht.

Besonders viele Anstrengungen wurden zur Abstimmung des ersten und des zweiten Artikels des Vertrages unternommen. Diese Grundbestimmungen, die im ersten und im zweiten Artikel festgelegt worden sind, die Absätze über die kernwaffenbesitzenden und nichtkernwaffenbesitzenden Staaten entsprechen voll dem Ziel der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Sie sind darauf gerichtet, alle Schlupflöcher zu verstopfen, damit nicht irgendein Staat direkt oder indirekt Zugang zu Kernwaffen bekommen kann. Sie entsprechen den Resolutionen 20 und 28 der 20. Tagung der UNO-Vollversammlung.

Natürlich ist es nicht sofort gelungen, solche Bestimmungen untereinander abzustimmen. Nur der gemeinsame Druck aller sozialistischen Länder hat die Amerikaner und ihre Verbündeten in der NATO gezwungen,

kr/ht

8

den Weg zum Abschluß eines solchen Vertrages zu gehen, der die Möglichkeit des Zugangs zu Kernwaffen versperrt. Das ist ein großer Erfolg der sozialistischen Staaten, der es ermöglicht hat, solche Bestimmungen im Vertrag zu erreichen, die den Interessen der sozialistischen Länder entsprechen.

Im Ergebnis dieser gemeinsamen Anstrengungen aller friedliebenden Kräfte, besonders der sozialistischen Staaten, ist es gelungen, den Plan der Schaffung der MLF zum Scheitern zu bringen, mit dem die Bundesrepublik versucht hatte, sich Zugang zu Kernwaffen zu verschaffen.

Ich werde nicht ausführlich auf alle Artikel des Entwurfs eingehen. Ich möchte nur noch sagen, daß eine ganze Reihe von Bestimmungen dieses Vertrages unter Berücksichtigung der Vorschläge abgefaßt worden sind, die während der Beratungen im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß gemacht wurden. Man muß sagen, daß dieser Vertrag das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit unserer Staaten im Rahmen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses ist.

Auf Antrag Rumäniens wurde zum Beispiel ein spezieller Artikel über die friedliche Nutzung der Atomenergie in den Vertrag aufgenommen. In diesem Artikel heißt es, daß das Recht der Staaten, die Atomenergie zu friedlichen Zwecken auszunutzen, nicht beschränkt werden darf.

In diesen Artikel wurde auch eine Bestimmung aufgenommen, die die Absicht der Teilnehmer des Vertrages zum Ausdruck bringt, die friedliche Nutzung der Atomenergie in den Teilnehmerstaaten des Vertrages zu fördern.

Der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie ist auch der Artikel 5 gewidmet, in dem die Verpflichtung der Staaten enthalten ist, in Übereinstimmung mit den Zielen des Vertrages zusammenzuarbeiten, damit die Produkte und Nebenprodukte militärischen Charakters von anderen Staaten für die friedliche Nutzung der Atomenergie genutzt werden können. Das gilt zum Beispiel für die Ausnutzung von nuklearen Sprenganlagen zu friedlichen Zwecken. Das soll auch durch die Vertretung der Staaten in den entsprechenden internationalen Organisationen gewährleistet werden. Infolgedessen gibt es keinen Grund zu der Behauptung, daß irgendein besonderes Land privilegiert werde, wobei man im Hinblick auf die friedliche Ausnutzung der Atomenergie berücksichtigen muß, daß solche Artikel keine Schlupflöcher für den Zugang zu Kernwaffen schaffen dürfen.

Ich möchte weiter Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß aufgrund der Bemerkungen der sozialistischen Staaten, darunter auch Rumänien, der 6. Artikel des Vertrages mit aufgenommen wurde, der die Absicht zum Ausdruck bringt, aktive Verhandlungen über die Einstellung des Kernrüstens und über die Durchführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung durchzuführen. Das heißt, dieser Vertrag wird nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als ein Schritt, um andere Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung durchzuführen.

Die Aufnahme dieses Artikels war auch ein Ergebnis des gemeinsamen Drucks der sozialistischen Länder auf die westlichen imperialistischen Mächte. Man kann sagen, daß der Vertrag in der gegenwärtigen Form eine gute Grundlage bildet, um auch weiterhin mit den gemeinsamen Anstrengungen der sozialistischen Länder einen Druck auf die imperialistischen Mächte auszuüben, um die Verwirklichung des

Vertrags zu gewährleisten und Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung zu erzielen, insbesondere im Hinblick auf die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, der Vernichtung von Kernwaffen sowie im Hinblick auf die Kernwaffen-Trägermittel.

Auch in der Präambel des Vertrags wurde der Gedanke der Rumänischen Sozialistischen Republik berücksichtigt, daß der Vertrag als eine Etappe zur Erreichung weiterer Ziele auf dem Gebiet der nuklearen und allgemeinen Abrüstung abgesehen wird.

In den Vertrag wurde auch ein spezieller Artikel über das Recht der Staaten aufgenommen, regionale Verträge über die Vernichtung der Kernwaffen abzuschließen, d. h. das Recht, atomwaffenfreie Zonen zu schaffen. Auch dieser Artikel des Vertrags entspricht der prinzipiellen Linie der sozialistischen Länder, durch die Schaffung atomwaffenfreier Zonen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu verringern.

Zu der Frage der Abänderungsvorschläge zum Vertrag kann gesagt werden, daß Abänderungsvorschläge nur für die Staaten in Kraft treten, die sie ratifizieren.

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß in den Vertrag ein Artikel aufgenommen wurde, daß nach 25 Jahren die Frage geprüft werden muß, ob der Vertrag weiter in Kraft bleibt oder nicht. Dieser Artikel enthält weiter die Bestimmung, daß die Staaten nach fünfjähriger Laufzeit des Vertrages die Verwirklichung des Vertrages erörtern werden.

kr/ht

11

Ich möchte die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß dieser Vertrag nur solche Bestimmungen enthält, die der Idee der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen nicht widersprechen.

Einen besonderen Platz in den Verhandlungen nahm die Frage der Schaffung von Garantien für die Sicherheit der nichtkernwaffenbesitzenden Staaten ein. Sie wissen, daß die Sowjetunion in ihrem Bestreben, den Wünschen der nichtkernwaffenbesitzenden Länder nachzukommen, und ausgehend von der gemeinsamen Position unserer sozialistischen Länder, bereits 1966 erklärt hat, die Frage der Garantien für Staaten zu erörtern, die keine Kernwaffen besitzen und in denen auch keine Kernwaffen stationiert sind. Die Sowjetunion hat sowohl innerhalb als auch außerhalb des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses lange Zeit dafür gekämpft, diese Frage zum Inhalt des Vertrags zu machen. Jedoch haben die USA und andere westliche Mächte, die Teilnehmer des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses sind, diesen Gedanken abgelehnt. Aber dieses Problem bleibt weiter als ein wichtiges Problem bestehen. Wir wissen, daß die nichtkernwaffenbesitzenden Länder der Auffassung sind, daß man sich überlegen muß, wie man sich von vornherein vor einem potentiellen Aggressor schützen kann, daß einem potentiellen Aggressor nicht die Möglichkeit gegeben werden darf, ungestraft aggressive Aktionen zu unternehmen. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage ist die Sowjetunion im Ergebnis von ~~Kal~~ Konsultationen mit anderen Ländern dabei, die Frage der Garantien für die Sicherheit dieser Länder in der Weise zu lösen, daß gewisse Garantien den/kernwaffenbesitzenden Staaten gegeben werden, daß sie aber gleichzeitig nicht zum Scheitern des Vertrages führen. So könnte man besondere Entscheidungen prüfen, die im Rahmen des Sicherheitsrates erörtert werden. Man könnte auch ein einseitiges

Auftreten der Kernwaffenmächte in Erwägung ziehen, so wie das in der Resolution des Sicherheitsrates vorgesehen wird, wonach im Falle der Anwendung von Kernwaffen oder der Bedrohung durch Kernwaffen von seiten der kernwaffenbesitzenden Staaten der Sicherheitsrat in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen in Tätigkeit tritt. Bekanntlich sieht die Charta der Vereinten Nationen die Möglichkeit kollektiver Maßnahmen gegen die Gefahr einer Aggression vor.

Ich werde nicht ausführlich auf alle Artikel eingehen. Doch wenn man das, was gegenwärtig in Genf vor sich geht, summiert, so kann man sagen, daß jetzt unter Berücksichtigung der internationalen Lage und der Anstrengungen, die die sozialistischen Länder für den Abschluß des Vertrages unternommen haben, der Text eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vorliegt, so daß nunmehr das entscheidende Stadium des Kampfes für den Abschluß dieses Vertrages eingetreten ist.

Die Gegner des Vertrages, insbesondere die westdeutsche Bundesrepublik, ^{sind besorgt} ~~haben jetzt die Möglichkeit~~, ihre Aktionen gegen den Abschluß eines solchen Vertrages zu aktivieren. So hat zum Beispiel Kanzler Kiesinger erklärt: Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sind ungenügend, so daß wir ~~gegen~~ können, ~~daß wir~~ diesen Vertrag nicht akzeptieren. - Strauß hat erklärt, daß die Unterschrift unter diesen Vertrag die NATO und die europäische Integration torpedieren würde. Die Gegner des Vertrages sehen, daß dieser Vertrag in der jetzt vorliegenden Form ein ernsthaftes

kr/ht

Hindernis auf dem Wege zur Erreichung des Besitzes und der Verfügungsgewalt über Atomwaffen darstellt. Die Gegner des Vertrages sind bestrebt, den Abschluß des Vertrages so lange wie möglich zu verzögern und die Erörterung des Vertrages im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß ~~mit dem Ergebnis seiner~~ Beratung in der UNO zum Scheitern zu bringen. Sie sind bestrebt, alle Staaten, die, wenn auch von verschiedenen Positionen aus, gegen den Abschluß des Vertrages auftreten, zusammenzufassen.

Ich möchte meine kurzen Informationen damit beenden, daß ich unterstreiche, daß unter diesen Bedingungen der Zeitfaktor große, sogar entscheidende Bedeutung gewinnt. Wenn sich die Abstimmung des Vertrags verzögert, erhöhen sich die Möglichkeiten des Gegners, den Vertrag zum Scheitern zu bringen, was nicht im Interesse der sozialistischen Länder wäre. Das wäre dann ein Sieg der reaktionären Kreise der imperialistischen Länder. Es versteht sich, daß ein solcher Gang der Ereignisse zur Verschärfung des Wettrüstens, zur Vertiefung der Spannungen und zur Weiterverbreitung der Kernwaffen führen würde. Deshalb müssen alle Anhänger des Vertrages gegenwärtig die größten Anstrengungen unternehmen, um innerhalb des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses die Erörterung des Vertrages zu Ende zu führen und zu erreichen, daß der Entwurf des Vertrages auf der bevorstehenden Vollversammlung der UNO gebilligt wird.

Wir möchten die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß die sozialistischen Länder auch in Zukunft darin übereinstimmen werden, daß man den schnellstmöglichen Abschluß dieses Vertrages erreichen muß, der den Interessen der sozialistischen Länder und aller friedliebenden Länder entspricht.

kr/ht

14/15

Darauf muß auch die Arbeit unserer Beratung der stellvertretenden Außenminister gerichtet sein, die jetzt mit ihrer Arbeit beginnt.

Die sowjetische Delegation hat den Auftrag ihrer Regierung, alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese Beratung zu einem Erfolg zu führen. - Ich danke Ihnen.

Vors. Genosse P o p o w :

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Möchte sich jemand hierzu äußern? Vielleicht gibt es noch irgendwelche Fragen? Werden bestimmte Erläuterungen gewünscht? -

01/Pi

Vors. Gen. P o p o w:

Es wird sprechender Leiter der Delegation der Rumänischen Sozialistischen Republik, Genosse Macovescu.

Genosse M a c o v e s c u:

Lieber Genosse Vorsitzender! Liebe Genossen!

Zunächst möchte ich unseren Genossen Gastgebern aus der DDR für ihre Gastfreundschaft und für die geschaffenen Bedingungen danken. Nach unserer Meinung möchte ich jetzt eine kurze Erklärung abgeben. Wenn es notwendig sein wird, kann ich weitere Ergänzungen machen.

Unserer Meinung nach findet diese Beratung der Stellvertreter der Außenminister kurz vor der Tagung der Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages statt und hat ein bestimmtes Ziel. Dieses Ziel besteht nach unserer Auffassung darin, sich über die Tagesordnung zu beraten, die für die Beratungen des Politischen Beratenden Ausschusses vorgeschlagen wird, und einige Details organisatorischer Art abzustimmen. Wie bekannt, ^{haben} ~~hat~~ das ZK der RKP und die Regierung der DDR kürzlich vorgeschlagen, den Politischen Beratenden Ausschuss einzuberufen, um auf einer Beratung des Ausschusses Fragen zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu erörtern, genauer: die Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen überhaupt.

Wie Genosse Kuznezow in seiner Information, für die wir besonders danken, unterstrich, besitzt die Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen grösste Wichtigkeit, weil sie die Interessen

der sozialistischen Länder sowohl in allernächster Zukunft als auch in der Perspektive in lebenswichtiger Hinsicht berührt. Deshalb sind wir der Meinung, dass diese Fragen in jeder Hinsicht unter den besten Bedingungen und auf dem höchsten Niveau der Form ^{der} des Warschauer Vertrages ~~vor sich geht~~ ^{beraten werden}, um auf die beste Art und Weise die Interessen unserer Länder zu erörtern und die gemeinsamen Interessen unserer Länder zu fördern. Ausgehend von diesen Erwägungen, haben das ZK unserer Partei und die Regierung unseres Landes vorgeschlagen, dass diese Frage von besonderer Wichtigkeit auf einer Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages erörtert wird. Wie bekannt, ~~hat~~ ^{haben} das ZK unserer Partei und unsere Regierung bereits im Februar 1967, als wir den ersten Entwurf des Vertrages erhielten, eine solche Beratung vorgeschlagen. Danach haben wir erneut im Mai 1967 die Einberufung einer solchen Beratung vorgeschlagen. Wir möchten heute die besondere Befriedigung der Führung unserer Partei und unseres Staates darüber zum Ausdruck bringen, dass - als Ergebnis unseres neuen Vorschlages - beschlossen wurde, den Politischen Beratenden Ausschuss des Warschauer Vertrages mit dem Ziel einzuberufen, diese wichtige Frage und selbstverständlich auch andere Fragen, die von den anderen Teilnehmern am Vertrag vorgeschlagen wurden, zu erörtern.

Wie bekannt ist, erörtert der 18-Staaten-Abüstungsausschuss in Genf die Frage des Abschlusses eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Die rumänische Delegation hat den Standpunkt unseres Landes auf der Konferenz in Genf mehrfach vorgebracht. Ich möchte auch unterstreichen, dass - wie Genosse Kasnezow schon festgestellt hat - wir im Ergebnis der

gemeinsamen Anstrengungen unserer sozialistischen Länder im 15-Staaten-Abstimmungsausschuss, in der UNO und in anderen internationalen Gremien entweder gemeinsam oder jeder für sich unsere Erwägungen zur Erreichung des Ziels und zur Verbesserung des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vorgebracht haben. Wir können sagen, dass wir auf dem Wege unserer gemeinsamen politischen und diplomatischen Tätigkeit, sozusagen auf Grund unseres gemeinsamen Druckes, erreicht haben, dass die USA einige wesentliche Punkte der Vorschläge der sozialistischen Länder akzeptieren mussten. Das ZK unserer Partei und unsere Regierung sind fest davon überzeugt, dass die sozialistischen Länder die gegenwärtige internationale Lage ausnutzen können, um zu erreichen, dass die Vereinigten Staaten die Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Vertrages annehmen, damit der Vertrag im Interesse der sozialistischen Länder zum besten ausgenutzt werden kann. Wir sind überzeugt, je einheitlicher die sozialistischen Länder gemeinsam wirken, umso besser werden die Ergebnisse beim Abschluss des Vertrages sein.

Was Rumänien angeht, so haben wir über einige Möglichkeiten zur Verbesserung des vorliegenden Vertragsentwurfes nachgedacht. Unsere Gedanken in dieser Hinsicht wurden den sozialistischen Ländern, die auf dieser Beratung hier vertreten sind, zur Kenntnis gebracht. Unsere Gedanken und unser Vorgehen an die allgemeine Frage der Verbesserung des Vertragsentwurfes wurden konkret in einem Dokument formuliert, das von uns vorher in Form unserer Vorschläge zu den Artikeln VI ^{11a} ~~(*)~~, VIII a ~~(*)~~ und X ~~(*)~~. Wir möchten präzisieren, dass unsere Regierung die Absicht hat, diese Änderungsvorschläge nächstens im Ausschuss in Genf vorzubringen.

Wie bekannt, muß der 13-Staaten-Abfertigungsausschuß seine Arbeit bis zum 15. März 1968 beenden, um der Vollversammlung über die Ergebnisse seiner Tätigkeit zu berichten. Wenn der Ausschuß bis zum 15. März seine Arbeit auf die normale, bisherige Weise mit der Beratung über den Atomwaffensperrevertrag fortführt, haben wir die Absicht, zum gegebenen Zeitpunkt unsere Abänderungsvorschläge zu machen. Sollte der Ausschuß jedoch vor dem 15. März seine Beratungen einstellen, (in dem, wie noch der Vizepräsident der Delegation der SUK erklärte, z.B. ab 1. März (wenn die Arbeit an die UKK beraten wird), so werden wir unsere Vorschläge auf der nächsten Gelegenheit (d.h. vor dem 1. März) vorbringen.

Wir sind der Auffassung und schlagen vor, auf der Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses in Sofia einen breiten, offenen Austausch zur Frage des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu führen und dort, wo die höchsten beauftragten Vertreter unserer Länder anwesend sind, Möglichkeiten zur Verbesserung des Vertrages zu beraten.

Liebe Genossen! Unser MI und unsere Regierung sind die Initiatoren der Erörterung der Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen auf einer Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses. In der Über den Charakter unserer jetzigen Beratung unterschieden sind, müßten wir so vorgehen, daß der Politisch Beratende Ausschuß die Möglichkeit bekommt, diese Frage, die sehr wichtig ist, ausführlich und in aller Breite zu beraten.

Was die Tagesordnung für die Beratung in Sofia betrift, z.B. hat unsere Delegation im Prinzip mit den vorgebrachten Vorschlägen einverstanden, auch damit, daß wir die Träger des 3. Punktes

hier nicht erörtern, weil wir in dieser Frage die Ergebnisse der Vorbereitung in Prag abwarten müssen, die am 29. Februar stattfindet.

Was den 2. Punkt angeht, so handelt es sich nach meiner Meinung um die Einschätzung der Lage im Zusammenhang mit Vietnam. Habe ich das richtig verstanden? So ist die Formulierung des Punktes. Aber ich würde einen Vorschlag machen. Zweifellos muss man die vietnamesischen Freunde über die Aufnahme dieser Frage in unsere Tagesordnung für Sofia informieren. Deshalb würde ich vorschlagen, dass die bulgarischen Genossen, die diese Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses zu organisieren haben, Maßnahmen ergreifen, um das zu regeln. Wenn die Möglichkeit besteht, wäre ich erfreut zu hören, wie das Herangehen an diese Frage gedacht ist. - Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors.Gen. Popow:

Möchte noch jemand das Wort ergreifen?

Genosse K u z n e z o w:

Ich möchte nur eine Frage stellen.: Ich möchte den Genossen Macoveanu bitten, uns vielleicht eine klarere Vorstellung davon zu geben, worin die Abänderungsvorschläge der rumänischen Genossen bestehen, unseren Regierungen vielleicht den Text der Abänderungsvorschläge zuzustellen, sie von dem in Kenntnis zu setzen, was die Sozialistische Republik Rumänien zu unterbreiten für notwendig erachtet. Das heisst, es wäre besser und zweckmäßiger, uns ausser der allgemeinen Berufung auf die entsprechenden Artikel über unseren Botschafter oder möglicherweise auch jetzt hier zu informieren, damit wir die Möglichkeit bekommen, uns klarer vorzustellen, wie diese Abänderungsvorschläge aussehen.

01/P1

Gen. Kuznetsov:

Ich danke für die Aufmerksamkeit, mit der Sie unseren Ausführungen folgen und bin bereit, die Frage zu beantworten: Als unsere Partei die anderen Parteien davon in Kenntnis gesetzt hat, dass wir es für zweckmäßig halten, den Politischen Beratenden Ausschuss einzuberufen, haben wir auch unsere Abänderungsvorschläge übergeben, die wir in Genf vorzutragen beabsichtigen. Das heisst, der autorisierte Text dieser Abänderungsvorschläge wurde übergeben. Wir hoffen, dass alle Parteien und Regierungen, die hier auf dieser Beratung vertreten sind, diesen Text bekommen haben. Wir sind ohne Zweifel der Meinung, dass diese Abänderungsvorschläge im Rahmen einer allgemeinen Erörterung der Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen behandelt werden, unter günstigen Bedingungen. Ich möchte erneut meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass jeder von Ihnen in seiner Mappe dieses Blatt mit den Abänderungsvorschlägen hat. Wenn es aber für notwendig gehalten wird, könnte ich zu Ihrer Information diese Abänderungsvorschläge noch einmal vorlesen. (

(Genosse Kuznetsov: Ich würde darum bitten, sie noch einmal zu vorlesen.)

Wir sind der Meinung, dass der gegenwärtige Artikel VI durch folgende Bestimmungen ersetzt wird - ich bitte zu berücksichtigen, dass die Übersetzung ins Russische keine offizielle Übersetzung ist - : ...

~~Der Artikel VI wird weiter vorgeschlagen: Die Seiten, die nukleare Waffen besitzen, verpflichten sich, feierlich, unter keinen Umständen und zu keiner Zeit Kernwaffen anzuwenden oder mit der Anwendung von Kernwaffen gegen Staaten zu drohen, die keine Kernwaffen besitzen und sich verpflichtet haben, keine~~

1. Die dem vorliegenden Vertrag beigetretenen Seiten, die nukleare Waffen besitzen, verpflichten sich, sobald es möglich ist, die Maßnahmen zur Einstellung der Produktion von nuklearem Material, zur Verringerung und Verstärkung der nuklearen Waffen und ihrer Transportmittel ins Ziel zu ergreifen.
2. Wenn 5 Jahre nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags sämtliche Maßnahmen nicht ergriffen werden, werden die Parteien die entstandene Situation untersuchen und über die zu ergreifenden Maßnahmen entscheiden.

Wir schlagen einen Artikel VIIa mit folgendem Wortlaut vor:

1. Die nukleare Waffen besitzenden Seiten verpflichten sich feierlich, niemals und unter keinen Umständen nukleare Waffen zur Anwendung zu bringen und die Staaten, die keine nuklearen Waffen besitzen und sich verpflichten, weder nukleare Waffen herzustellen noch in ihrem Besitz zu bringen, nicht mit der Anwendung dieser Waffe zu bedrohen.

Weiter schlagen wir vor, in Artikel VIII nach § 3 einen neuen Paragraphen hinzuzufügen:

4. Später werden derartige Konferenzen periodisch alle 5 Jahre einberufen werden, um zu untersuchen, wie die dem Vertrag beigetretenen Seiten ihre Verpflichtungen erfüllen.

Den Artikel X betreffend schlagen wir die Streichung des letzten Satzes aus § 1 vor, der mit den Worten beginnt: "Diese Notifikation muß enthalten ...".

Wie aus den Abänderungsvorschlägen zu ersehen ist, wird im Zusammenhang mit der Kontrolle nichts vorgeschlagen. Unsere Regierung behält sich das Recht vor, in Kürze auch zu den Fragen der Kontrolle ihre Auffassung zu äußern.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß wir der Auffassung sind, daß alle darin übereinstimmen, daß der Inhalt dieser Fragen im Detail erörtert wird.

Genosse N a s z k o w s k i :

Ich möchte einige Bemerkungen zur Arbeitsmethode und ~~der~~^{der} Beratung machen. Aber vorher möchte ich wie auch meine Vorgänger im Namen unserer Delegation der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik für die Einladung, die Organisation und die hervorragende Gastfreundschaft danken.

Was die Arbeitsmethode unserer Beratung betrifft, so hat Genosse Macoveanu gesagt, daß die hauptsächlichste Diskussion auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses geführt werden soll, der die größten Kompetenzen, die größten Rechte besitzt. Das ist natürlich richtig. Damit sind wir alle einverstanden. Aber nach unserer Meinung schließt das keinesfalls die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer arbeitsmäßigen Erörterung auch in unserer Zusammensetzung hier aus. Wenn unsere Aufgabe nur darin besteht, die Tagesordnung des Politischen Beratenden Ausschusses zu definieren, so hätten wir eigentlich nichts zu tun, da sich alle Parteien und Regierungen auf diese Tagesordnung geeinigt haben.

Wir verstehen, daß unsere Aufgabe nicht darin besteht, die Funktion des Politischen Beratenden Ausschusses zu ersetzen, sondern darin, dem Ausschuß zu helfen, seine Arbeit vorzubereiten. Deshalb ist der Meinungsaustausch über die Fragen, die auf der Tagesordnung der Erörterungen im Politischen Beratenden Ausschuß stehen, sehr zweckmäßig. Das betrifft

besonders den ersten Punkt der Tagesordnung; über den wir jetzt sprechen; umso mehr; als wir die Abänderungsvorschläge der rumänischen Genossen besitzen. Wir haben sie schon früher bekommen. Deshalb würde ich mich der Bitte anschließen; die Gen. Kusnezow zum Ausdruck gebracht hat; daß uns Genosse Macovescu etwas näher diese Abänderungsvorschläge erläutere. Jedenfalls ist unsere Delegation mit der Absicht hierher gekommen; ihre Meinung in Hinsicht auf diese Abänderungsvorschläge zu äußern. Ich verstehe; daß wir auf diese Weise die Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses vorbereiten. Außerdem hatte Genosse Macovescu ^{yeânşca} ~~die Absicht~~, zu sagen; daß Rumänien beabsichtigt; hinsichtlich dieser Abänderungsvorschläge im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß aufzutreten; und daß es die Absicht hat; das in aller nächster Zeit, in den nächsten Tagen zu tun. Jedenfalls habe ich das so verstanden. Ich möchte deshalb fragen - wenn Genosse Macovescu diese Frage beantworten möchte - : Wird das unabhängig von der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses geschehen? Dann könnte das vor der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses sein. - Besten Dank; Genosse Vorsitzender.

Genosse P o p o w :

Vielleicht möchte Genosse Macovescu darauf antworten?

Genosse M a c o v e s c u :

Ich habe unseren Standpunkt geäußert und möchte gern die Meinung anderer Genossen hören.

Genosse P o p o w :

In diesem Falle habe ich einen Vorschlag: Mir wurde gesagt, daß hier irgendetwas vorbereitet wurde. Ich möchte deshalb vorschlagen, eine Pause von 10 Minuten in unserer Beratung zu machen.

(kurze P a u s e)